

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Alfred Tacke

Regionale Arbeitsmarktpolitik um das Jahr 2010

17. Jg./1984

1

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104
zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin,
Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de; (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de; (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de; Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30.
Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309.
ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten; Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Regionale Arbeitsmarktpolitik um das Jahr 2010

Alfred Tacke

Die Frage nach einer regionalen Utopie hinterläßt Überraschung, dann Neugier und Sprachlosigkeit. Utopien, das sind doch Wünsche und Ängste, die zwar zeitweise gedacht, aber doch nicht ausgesprochen werden. Um eine regionale Utopie beschreiben zu können, bedarf es also der Rückerinnerung an Erfahrungen und Lektüre, die den Anlaß oder das Material für bruchstückhafte Utopien bildeten. Diese Gedanken bleiben dem Gegenwärtigen verhaftet, auch wenn sie in die Zukunft gerichtet sind, denn sie sind das Resultat gelebter Wünsche und Ängste. Sie fürchten die Konsequenzen des Fortbestands oder des Anwachsens mangelhafter Lebensverhältnisse und zielen auf ihre Aufhebung. Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung sind erfahrbare Ausschnitte unserer Wirklichkeit. Das Scheitern der Gesellschaft, die Probleme positiv zu bewältigen, ist eine negative Utopie. Daher der Versuch der Beschreibung einer positiven Utopie, die für mich die Abwesenheit von Not und die Entfaltung vielfältiger Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten in den unterschiedlichen Regionen bedeutet. Diese Utopie zielt auf die Auflösung überholter, rückwärts gewandter Denk- und Verhaltensmuster, die auf unser Handeln einwirken und die Entfaltung der produktiven Lebensmöglichkeiten, die in einer hochentwickelten Industriegesellschaft angelegt sind, behindern.

Am Beispiel der Schließung eines Großbetriebes wird in diesem Beitrag entwickelt, wie durch die Verschränkung verschiedener regionalbezogener arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen ein Absinken einer durch Erwerbslosigkeit bedrohten Gruppe in eine langanhaltende Arbeitslosigkeit vermieden und die freiwerdende Arbeit für sinnvolle Projekte und Qualifikationsmaßnahmen genutzt werden kann. Durch eine gezielte regionale Beschäftigungspolitik sollen die Entwicklungschancen einer Region mit besonderen Beschäftigungsproblemen gefördert werden.

Gliederung

1. Die Beschäftigungskrise als Chance einer Region
2. Neue Produkte
3. Landwirtschaft und Teilzeitarbeit
4. Alternativen
5. Wandel der Regionalpolitik

1. Die Beschäftigungskrise als Chance einer Region

„Geschichten dieser Art werden nicht nur erzählt, sondern man zählt auch, was darin geschlagen hat oder horcht auf: was ging da. Aus Gegebenheiten kommt da ein Merke, das sonst nicht so wäre; oder ein Merke, das schon ist, nimmt kleine Vorfälle als Spuren und Beispiele. Sie deuten auf ein Weniger oder Mehr, das erzählend zu bedenken, denkend wieder zu erzählen wäre; das in den Geschichten nicht stimmt, weil es mit uns und allem nicht stimmt.“¹⁾

¹⁾ Bloch, E., Spuren, Frankfurt am Main 1969, S. 16. Was nicht stimmt, wird deutlich durch diesen subjektiven Bericht über Lebenssituation in einer Region aus dem Jahr 1983, in dem jeder Vierte in diesem Arbeitsamtsbezirk ohne Arbeit war. Man kann nur erleichtert darüber sein, daß diese Beschäftigungskrise heute nicht mehr denkbar ist.

„Viele Arbeitslose leben von der Substanz“ erklärt uns Hans, „erst das Gesparte“ dann das Auto, am Ende das Haus“. Ein Makler bestätigt uns das. Viele müßten verkaufen, weil sie, wie er sagt, „ihren Bankverpflichtungen nicht nachkommen könnten“. Die Immobilienpreise in Leer und Umgebung seien stark nach unten gegangen. Viele „Objekte“ würden aber dennoch schon lange leerstehen.

Der Vater von Hans ist auch arbeitslos: „Die Älteren degenerieren echt hier, wenn sie arbeitslos werden“, schildert er das Leben seiner Eltern. „Die Frau wäre froh, wenn der Mann wieder mal aus dem Haus wäre. Wenn er sich früher abends hingesetzt hat und hat sich verwöhnen lassen, ist das jetzt ständige Sache. Und dann sitzen die dauernd vorm Fernseher.“ Die Arbeitslosen in seinem Alter konsumieren mehr Video. „Die sitzen dann mit fünf Leuten vor dem Recorder, jeder zahlt fünfzig Pfennig. Das geht quer durch den Filmmarkt. Zombie, Bud Spencer und Pornos vor allem.“ Auf Dauer ginge das mit der Arbeitslosigkeit an die Substanz. „Wer da gleichgültig drüber weggeht, der hat in meinen Augen keine Lebensvorstellung. Arbeit und Familie, das sind die wichtigsten Punkte im Leben.“ Hans lebt allein.

„Das ist gut so“, sagt er, „in meiner Situation“. Er will versuchen, eine Umschulung zu bekommen, dann gibt es erstmal auch wieder mehr Geld.“

Risch, U. O., Arbeitslosigkeit in Ostfriesland, An der Oberfläche ist alles ruhig, in: die tageszeitung, den 21. 3. 1983, S. 9. Vgl. Wacker, A. (Hg.), Vom Schock zum Fatalismus? Soziale und psychische Auswirkungen der Arbeitslosigkeit, Frankfurt a. M. 1981; Rumpeltes, C., Arbeitslos, Betroffene erzählen, Hamburg 1982.

Der Großbetrieb wird im nächsten Monat schließen. Überkapazitäten, ein zu spät vollzogener technologischer Wandel und zuletzt auch die wachsende Konkurrenz aus industriellen Schwellenländern zwingen zu einer Reduzierung der Betriebe dieser Branche in der Bundesrepublik. Nach ausführlichen Diskussionen entschließt sich das Management mit Zustimmung des Betriebsrates zur Schließung dieses traditionsreichen Unternehmens. Unmut herrscht in der Belegschaft vor, daß alle Anstrengungen in den letzten Jahren, die Konkurrenzfähigkeit des Betriebes zu bewahren, umsonst gewesen sind, aber es herrscht keine Existenzangst. Denn es gibt nicht nur eine Lehrstellengarantie in der Bundesrepublik, sondern inzwischen auch eine Arbeitsplatzgarantie. Denn warum sollten die durch Entlassungen Betroffenen darunter leiden, daß das Wirtschaftssystem nicht alle Arbeitskräfte beschäftigen kann, die Wirtschaftspolitik fehlerhaft war oder nicht beherrschbare Weltmarktmechanismen einzelne Betriebe zur Aufgabe zwingen? Es ist nicht mehr so, daß in einzelnen Regionen Massenarbeitslosigkeit entsteht, weil die Arbeit nicht für alle reicht.

Den Beschäftigten des Großbetriebes werden in den nächsten Monaten zahlreiche Wahlmöglichkeiten vom Arbeitsamt angeboten werden. Da die Arbeitslosigkeit in der Region schon seit einigen Monaten über drei Prozent liegt, sind vorläufige Projektideen schon mit den verschiedensten Institutionen und Interessengruppen besprochen worden. Die Belegschaftsmitglieder können eigene Vorstellungen einbringen, die auch eine weitere Nutzung der betrieblichen Anlagen für einzelne Projekte beinhalten können. Ein Teil der Arbeiterinnen und Arbeiter wird sich für den Bezug von Arbeitslosengeld entscheiden, da sie davon ausgehen, bald wieder im privaten Sektor eine Beschäftigung zu finden. Ein Teil wird die Weiterbildungsmöglichkeiten im betrieblichen und außerbetrieblichen Bereich nutzen und ein Teil in regionalen Beschäftigungsprogrammen mitarbeiten. In Problemregionen des Arbeitsmarktes wirken diese Programme der Möglichkeit regionaler Massenarbeitslosigkeit entgegen, die sich als Folge des wirtschaftlichen Strukturwandels oder einer Rezession ergibt.

Folgende arbeitsmarktpolitische Initiativen sollen einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit entgegenwirken:

a) Ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, das aus Mitteln des Landes und der Bundesanstalt für Arbeit finanziert wird und versucht, alle Möglichkeiten zu nutzen, um staatliche Unterstützungsleistungen an Arbeitslose (Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe) umzusetzen in produktive Arbeitsmöglichkeiten für ansonst arbeitslose Personen. Dabei soll versucht werden, das arbeitsmarktpolitisch Notwendige, die Beschäftigung von Arbeitslosen, zu verbinden mit dem gesellschaftlich Nützlichen, nämlich der Deckung zusätzlicher gesellschaftlicher Bedarfe an Arbeitsleistung.²⁾ Gedacht ist an Programme zur Verbesserung des Wohnumfeldes, des Umweltschutzes, der Energienutzung und des Wegenetzes in der Region. In diesem ländlich strukturierten Raum hat der Fremdenverkehr eine besondere Bedeutung für die Stabilisierung der Beschäftigungssituation, Maßnahmen im Bereich des Denkmal- und Naturschutzes sollen die Attraktivität des Raumes erhöhen.

b) Ein Investitionsprogramm, das sich auf die beabsichtigten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bezieht oder sie ergänzt, indem es auf Strukturverbesserungen in den bestehenden Erwerbszweigen zielt. Dafür stehen zinslose Darlehen der Bundesanstalt für Arbeit und ein Investitionsprogramm des Landes zur Verfügung, welches vorrangig umweltbezogene Investitionen unterstützt. Es handelt sich dabei um Zuschüsse für Investitionen zur Bekämpfung von Luftverunreinigungen, Geräuschen und Erschütterungen an private Unternehmen, Zuweisungen für Investitionen für Anlagen zur Rauchgasentschwefelung und für Heizsysteme mit Wirbelschichtbefeuerung und zur rationelleren Nutzung von Grundwasservorkommen in privaten Unternehmen. Ferner werden Maßnahmen zur Energieeinsparung, zur Ölsubstitution und zur Nutzung regenerativer Energiequellen gefördert. In der Region kann mit Hilfe dieser Mittel ein Windenergieprogramm begonnen werden. Schließlich stehen Mittel für Investitionen zur Schaffung und Sicherung naturnaher Lebensräume zur Verfügung.³⁾ Die zahlreichen Vorschläge für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Investitionsvorhaben wurden von den unterschiedlichen Interessengruppen in der Region entwickelt und von dem Projektträger, in dem die Verbände und die zuständigen politischen Instanzen vertreten sind, geprüft und mit den Betroffenen diskutiert. Die Programme sind auf zwei Jahre befristet und können, wenn sich die Arbeitsmarktlage nicht verbessert, um weitere zwei Jahre verlängert werden. Die in den

Arbeitsvorhaben beschäftigten Personen können, nach Rücksprache mit den Trägern, ein Projekt stoppen oder aus ihm ausscheiden, wenn es ihnen aufgrund der gemachten Erfahrungen als nicht nützlich erscheint. In Zusammenarbeit mit regionalen Interessengruppen und dem Arbeitsamt besteht die Möglichkeit, ein neues oder verändertes Projekt zu entwerfen, und den Einzelnen bleibt die Möglichkeit offen, sich für ein anderes Projekt zu entscheiden oder Arbeitslosengeld zu beziehen.⁴⁾ Auch die Empfänger von staatlichen Unterstützungsleistungen können sich jederzeit dazu entscheiden, in einem der Vorhaben mitzuarbeiten, die noch einen Arbeitskräftebedarf aufweisen.

c) Ein umfangreiches Umschulungsprogramm für Mitarbeiter des Unternehmens, die eine Fachausbildung nachholen möchten oder über eine Ausbildung verfügen, für die auf absehbare Zeit keine Nachfrage besteht. Um die bisherigen sozialen Arbeitszusammenhänge der Beschäftigten zu erhalten, gibt es die Möglichkeit, daß sie die Ausbildung in ihrer gewohnten Umgebung absolvieren. Für die Ausbildung steht das Fachpersonal des Betriebes zur Verfügung, der seine bisherigen Ausbildungskapazitäten hier sinnvoll einsetzt und hier können auch die Auszubildenden des Betriebes ihre Lehre abschließen. Dieses Angebot ist eine Ergänzung zum Angebot der Institutionen, die sonst die Umschulungsmaßnahmen durchführen und die Träger dieser Maßnahmen sein werden. Ferner ist daran gedacht, die Ausbildungskapazitäten des Betriebes auch längerfristig zu nutzen. Durch eine Trainingsstätte für berufsunerfahrene oder ungelernete Personen und durch eine Erweiterung des Ausbildungsangebots sollen die Ausbildungs- und Beschäftigungschancen von Jugendlichen verbessert und einem möglichen Defizit an Ausbildungsplätzen in der Region entgegenge wirkt werden.

2. Neue Produkte

Im Betrieb arbeitet seit längerer Zeit ein Arbeitskreis alternative Produktion, durch die Schließung können verschiedene Projektideen verwirklicht werden. Zum einen erhält die Gruppe jetzt Zuschüsse, die über die übliche Forschungsförderung hinausgehen, zum anderen werden einige der regionalen umweltbezogenen Projekte im Bau-, Energie- und Landwirtschaftsbereich für die Nachfrage nach den schon produktionsreifen Erzeugnissen sorgen. Vorerst ist der regionale Absatzmarkt die ökonomische Basis der Gruppe. Einige Kaufleute und Ingenieure arbeiten an dem Projekt mit, erfreut über die Möglichkeit, Erzeugnisse herstellen und vermarkten zu können, von denen sie auch inhaltlich überzeugt sind. Qualifikationsdefizite in der Gruppe werden durch Werkaufträge und auswärtige interessierte Fachkräfte abgedeckt, die gern in dem Vorhaben mitarbeiten wollen. Einige Mitglieder des Arbeitskreises nehmen an Weiterbildungsvorhaben teil, um sich für die verschiedenen Produktionsvorhaben zu qualifizieren. Man ist optimistisch, nach zwei oder vier Jahren ohne weitere staatliche Hilfe auskommen und auch Exportmärkte für verschiedene Produkte erschließen zu können. Gleichzeitig beschäftigt sich eine Projektgruppe innerhalb des Arbeitskreises mit der Möglichkeit, mit einer wesentlich geringeren Belegschaft, modernisierter Produktion und neuen Erzeugnissen weiterhin in einigen früheren Absatzbereichen tätig zu sein. Planungen und Überlegungen über die Chancen eines solchen Vorhabens sind schon in den letzten beiden Jahren gesammelt worden, da die Belegschaft die Sanierungsbemühungen des Managements kritisch konzeptionell verfolgt hatte, sich aber mit ihren Vorstellungen nicht

²⁾ Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, 100-Millionen-DM-Programm zur Arbeitsbeschaffung in Hamburg, Drucksache 10/392, Hamburg 1983, S. 3. Vgl. Fiedler, J., Handlungsfelder regionaler Arbeitsmarktpolitik: Das Beispiel Hamburg, in: Garlich, D. u. a. (Hg.), Regionalisierte Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, Frankfurt a. M. 1983, S. 298-320.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Hansestadt Hamburg hat einen Mittelumfang von 100 Mill. DM. Aus diesem Programm ergibt sich nach Berechnungen der Verwaltung ein Beschäftigungseffekt von 3000 Arbeitsplätzen.

³⁾ Die Programmpunkte sind folgendem Haushaltsplan entnommen: Hessischer Landtag, Vorschaltgesetz 1983, Drucksache 10/156, Wiesbaden 1983.

⁴⁾ „Die Ersatzarbeit war in Andalusien 1923 eingeführt worden, um die angespannte Lage in der Lattifundienzone zu entschärfen. Sie besteht noch heute. Arbeitslose verschönern Dörfer und jäten zwei bis vier Tage pro Woche (für umgerechnet 23 Mark am Tag) Unkraut. Vor Jahren schon protestierten sie gegen diese unproduktiven und unwürdigen Tätigkeiten. In der Wirtschaftskrise klammerten sie sich aber immer mehr an solche Almosenarbeit, weil die aus den Industriegebieten in ihre Dörfer zurückgekehrten Arbeitslosen ihnen die Chancen auf einen festen Arbeitsplatz noch stärker versperrten.“

Herzog, W., Der „Landadel“ regiert noch immer, Frankfurt a. M., den 25. 5. 1983. Durch diesen Bericht wird deutlich, daß die Beteiligung der Betroffenen an der Planung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen von Bedeutung ist, um sinnlosen Arbeiten entgegenzuwirken.

durchsetzen konnte.⁵⁾ Die Bemühungen der Belegschaft, den Betrieb in einigen ausgewählten Produktbereichen fortzuführen, werden durch Programme unterstützt, die Mittel vorsehen für neue Produkte oder die Fortführung von Produktionsprogrammen.

Öffentliche Subventionen sollen die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen im klein- und mittelbetrieblichen Sektor erleichtern. Durch folgende Maßnahmen sollen positive Arbeitsplatzeffekte erzielt werden:

1. Investitions- und Auftragsfinanzierung durch das Land
2. Innovationsfinanzierung durch einen Innovationsfond
3. Innovationsberatung und Innovationspraktika
4. Anschubfinanzierung für zukunftsorientierte Technologien in den Bereichen Verkehr und Energie.⁶⁾

Die Lohnkosten in diesem Projekt werden durch ein Programm getragen, das für zwei Jahre in der Höhe der Arbeitslosenunterstützung dieses Vorhaben finanziert und der Förderung von Betriebsgründungen durch Arbeitslose dient. Ferner ist die Gruppe dabei, weitere Führungskräfte einzustellen. Kleine und mittlere Firmen, die eine Ausweitung, Umstrukturierung oder Diversifizierung der Produktion planen und Engpässe im Bereich von qualifizierten Führungspersonal haben, können nach Antrag bei der Arbeitsverwaltung einen Arbeitslosen mit der geforderten Qualifikation einstellen, der für die Dauer von zwei Jahren vom Arbeitsamt einen garantierten Mindestlohn erhält.⁷⁾ In diesem Großbetrieb konnte aufgrund des nachhaltigen Strukturwandels auf dem Weltmarkt nicht der Weg gegangen werden wie in anderen Branchen, die unter der Rezession leiden. Sie beschäftigen einen Teil der Mitarbeiter in einer Antikrisenabteilung bis sich die Nachfragesituation wieder verbessert hat. Die Arbeitskräfte führen, wenn sie nicht im Unternehmen beschäftigt werden können, Arbeiten aus, die im besonderen öffentlichen Interesse liegen. Auch werden betriebliche Qualifikationsmaßnahmen in dieser Abteilung durchgeführt. Der Staat trägt zur Vermeidung sozialer Härten bei einem notwendigen personellen Anpassungsprozeß in diesen Unternehmen einen Teil der Lohnkosten.⁸⁾

⁵⁾ Interessante Berichte über alternative Produktion enthält dieses Heft: Alternative Fertigung, Mitbestimmung bei den Produkten, Rüstungskonversion, in: Die Mitbestimmung, Heft 12, Düsseldorf 1982; Einemann, E., Lübbling, E., Belegschaftsinitiativen für eine Alternative Produktion, in: Kooperation Universität/Arbeiterkammer, Reihe Arbeitspapiere, Bremen 1983; Stellungnahme, Analyse und Konzeption der Gesamtbetriebsräte zur Unternehmenssituation MBB/VFW, 1982; Analyse, Stellungnahme und Konzeption des Betriebsrates zur Unternehmenssituation der Olympia Werke AG, 1983.

⁶⁾ Vgl. Der Senator für Wirtschaft und Verkehr, Strukturprogramm für neue Arbeitsplätze in Berlin, Sonderdruck aus der Mitteilung des Präsidenten Nr. 58, Berlin 1982. Durch öffentliche Subventionen in Höhe von 100-Millionen DM soll in Berlin die Schaffung neuer Arbeitsplätze, insbesondere im klein- und mittelbetrieblichen Sektor, erleichtert werden.

⁷⁾ Vgl. Kühlewind, G., Die Beschäftigungspolitik Frankreichs, in: MittAB 3/1982, S. 292-311. In diesem Aufsatz wird auf ein Programm verwiesen, das die Gründung neuer Betriebe durch registrierte Arbeitslose fördert und auf einen Modellversuch in der Region Franche-Comté, in dem arbeitslose Führungskräfte mit Hilfe von Zuschüssen an Kleinfirmen vermittelt werden.

⁸⁾ Im Jahr 1983 beschäftigt ARBED-Luxemburg in einer Antikrisenabteilung 3000 von 17 000 Mitarbeitern des Unternehmens. Der Staat trägt 15 Prozent der Lohnkosten der Beschäftigten in der Reserveabteilung. Vgl. Kohl, H., Antikrisenabteilung im luxemburger Stahlkonzern ARBED, in: Der Gewerkschafter, Heft 12, Frankfurt a. M. 1982, S. 6-8.

⁹⁾ Vgl. Büchling, A. J., Gutschow, A., AGRECOL – Grenzen und Engpässe moderner Agrarverfahren – ökologische Alternativen, Bad Soden 1976; Schuster, G., Naturschutz zum Nulltarif, in: Natur, Heft 10, München 1983, S. 32-37.

3. Landwirtschaft und Teilzeitarbeit

Fast jeder Dritte war teilzeitbeschäftigt im Unternehmen tätig. Verschiedene Belegschaftsmitglieder nutzen die Schließung des Betriebes, um für eine befristete Zeit aus dem Beschäftigungssystem auszusteigen, da ihre Partner eine Vollzeitstätigkeit im privaten Sektor aufnehmen wollen. Die Mehrheit der Teilzeitbeschäftigten arbeitet in der Landwirtschaft, in der sich ein grundlegender Wandel in den letzten Jahren vollzogen hat. Gefördert wird nicht mehr die Steigerung der Betriebsgröße oder des Ertrags, sondern artgerechte Tierhaltung; naturnahe Produktionsweisen und Naturpflege sind vorrangige Ziele der Landwirtschaftspolitik geworden.⁹⁾ Mitarbeiter des Werkes, die aus dem ländlichen Raum kamen, waren unter anderem in Modellvorhaben des biologischen Landbaus tätig, die in Zusammenarbeit der Naturschutzverbände und der chemischen Industrie durchgeführt werden, die die Verwendung von chemischen Mitteln in der Landwirtschaft fortlaufend reduzieren möchten. Ein Drittel der in der Landwirtschaft teilzeitbeschäftigten Personen arbeitet in Betrieben, die überwiegend natur- und landschaftspflegerische Aufgaben übernommen haben. Die Naturschutzflächen sind in den neunziger Jahren verzehnfacht worden und die Zersiedlung der Landschaft wurde wieder reduziert. Die Renaturierung industrieller Brachflächen und Gewerbeflächen, die von den staatlichen Institutionen in den siebziger und achtziger Jahren noch gefördert und erschlossen worden waren, sind unter anderem Arbeitsschwerpunkte dieser Vorhaben, die aus Mitteln des Agrarhaushaltes finanziert werden. Sicherlich werden zahlreiche noch nicht begonnene Projekte durch die Schließung des Großbetriebes und das Interesse von ehemaligen Beschäftigten an der Mitarbeit in solchen Vorhaben im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen jetzt in Angriff genommen werden können.

4. Alternativen

Arbeitskräfte aus dem Werk beginnen schon erste Erfahrungen in alternativen Projekten zu sammeln, weil sie vielleicht dort später halbtags oder ganztags mitarbeiten wollen. Die alternativen Betriebe unterscheiden sich von den traditionellen Unternehmen dadurch, daß sie häufig gemeinsam Leben und Arbeiten miteinander verbinden und in den Lohn-, Besitz- und Entscheidungsstrukturen egalitäre Arbeitsweisen anstreben oder verwirklicht haben. Es gibt zahlreiche Modellprojekte in der Region, die als selbstverwaltete Unternehmen mit traditionellen Betrieben um Forschungs- und Fertigungsaufträge konkurrieren. Die hierarchiefreien Strukturen in alternativen Betrieben sind für zahlreiche Mitglieder in diesen Vorhaben ein wichtiger Grund, um dort mitzuarbeiten. Wissenschaftlern, denen großbetriebliche Arbeitsverhältnisse fremd geworden sind, sehen in den selbstverwalteten, kleinbetrieblichen Projekten eine Möglichkeit, nach eigenen Vorstellungen arbeiten zu können. So kann es passieren, daß ein Projekt einen Fertigungs- oder Forschungsauftrag nicht durchführt, weil es von der Einschätzung ausgeht, daß dieses Vorhaben sozial nicht verantwortbar ist. Nicht jede Arbeit, sondern nur sozial verantwortbare Tätigkeit ist einer der Grundsätze, die in diesen Betrieben Geltung haben. Ein Konkurrenzvorteil dieser Betriebe liegt darin, daß sie flexibel auf Markterfordernisse reagieren und auch in der Lage sind, in kurzer Zeit neue Produkte zu entwickeln.

Ein Schwerpunkt der alternativen Projekte liegt in Erhalt und Ausbau regionalspezifischer Produktionszweige. Im handwerklichen Bereich, der Tischlerei, dem Bauhandwerk

oder der Landwirtschaft geht es ihnen um die Produktion und Vermarktung von Erzeugnissen, die einen ausgeprägt regionalen Charakter tragen. Diese Vorhaben unterstützen damit eine Intention der veränderten Regionalpolitik. Da die Durchindustrialisierung der Gesellschaft angesichts der abnehmenden Industriebeschäftigung und der ökologischen Probleme unrealistisch und nicht mehr wünschbar war, wurde die Modernisierung und der Ausbau der gewachsenen regionalen Erwerbszweige zu einem zentralen Anliegen der Förderpolitik. Die Nutzung regionaler Baumaterialien und regenerativer Energiequellen, die Vergabe umfangreicher öffentlicher Aufträge im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes haben ein Gegengewicht zu den Arbeitsplatzverlusten im industriellen Bereich dieser Region gebildet und neue Arbeitsfelder für die Bauindustrie als Ausgleich für die weitgehende Reduzierung öffentlicher Investitionen im Hoch- und Straßenbau geschaffen. Einige der Mitarbeiter des alten Werkes haben schon begonnen, sich in verschiedenen Vorhaben des Dienstleistungs- und Produktionsbereichs umzusehen, um zu klären, wo sich für sie ansprechende Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten ergeben. Vielleicht werden einige außerhalb ihrer weiteren Teilzeittätigkeit im privaten Sektor damit beginnen, zusammen mit anderen Interessierten, mit den gesammelten Erfahrungen eigene Vorhaben zu konzipieren.¹⁰⁾

5. Wandel der Regionalpolitik

In der Regionalpolitik hatte sich die Fortsetzung der bisherigen, auf Nachindustrialisierung von Regionen ausgerichtete Politik als zunehmend kontraproduktiv erwiesen. Die neu errichteten kapitalintensiven Industrieprojekte brachten nicht die erhofften Beschäftigungseffekte, schufen Überkapazitäten, und häufig mußten diese Anlagen oder ältere in Industriezentren als Folge des ausbrechenden Verdrängungswettbewerbs geschlossen werden. Die Situation, daß eine steigende Zahl von Industriebranchen nur durch Subventionen erhalten werden konnte, führte dazu, daß ein wachsender Teil der Arbeit und der Finanzmittel der Gesellschaft unproduktiv verausgabt wurden. In der Gesellschaft wuchs der Widerstand gegen die unproduktive Verschwendung von Ressourcen, nur um traditionelle Technologie- und Beschäftigungsstrukturen aufrechtzuerhalten, anstatt die sozialen und ökologischen Probleme der Gesellschaft zu bewältigen.

In einer Phase rückläufiger Beschäftigungszahlen und des Vorrangs von Rationalisierungs- vor Erweiterungsinvestitionen in den achtziger Jahren konnte der Staat mit seinem regionalpolitischen Förderungsinstrumentarium, das auf der Annahme einer Beschäftigungsexpansion der Wirtschaft

beruhte, die durch Subventionen regional umzuverteilen ist, die Beschäftigungskrise in benachteiligten Regionen nicht bewältigen. Es wurden zwar noch teilweise größere Infrastrukturmaßnahmen durchgeführt, wie etwa die Erweiterung von Hafenskapazitäten und die Erschließung von Industriegelände, aber es gab keine Industriebetriebe, die sich in diesen Gebieten ansiedelten. Mit der Bereitstellung von Mitteln für Infrastrukturmaßnahmen und Subventionen für Investitionen in Problemregionen des Arbeitsmarktes konnten nicht die erhofften Beschäftigungseffekte erzielt werden. Auf das Problem einer langfristig anhaltenden hohen Arbeitslosigkeit wurde mit Maßnahmen der Verknappung des Arbeitskräfteangebots reagiert und die Regionalpolitik wurde den neuen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepaßt.

Grundlage der veränderten Regionalpolitik, die auf die Stabilisierung der Erwerbsmöglichkeiten zielt, war folgendes Denkmuster: a) Angesichts des arbeitskräftesparenden technologischen Wandels ist die Option, die ländlichen Gebiete nachzuindustrialisieren, um die Beschäftigungsprobleme zu verringern, unrealistisch geworden.

b) Eine Politik, durch Erhaltungssubventionen die bestehenden Industriestrukturen zu bewahren, ist durch den wachsenden Konkurrenzdruck des Weltmarktes und der Industrialisierungsbemühungen in der Dritten Welt mittelfristig nicht mehr erfolgreich aufrechtzuerhalten.

c) Die wachsenden Agrarmarktüberschüsse in der europäischen Gemeinschaft, die die Finanzierungsmöglichkeiten der Staaten überfordern, zwingen zu einer veränderten Agrarpolitik, die die Finanzierung von nicht absatzfähigen Agrarprodukten vermeidet.

Diese Überlegungen würden ohne eine gewandelte, den Anpassungsprozeß in diesen Problembereichen begleitende Beschäftigungspolitik zu einer unausweichlichen und nicht akzeptablen Verschärfung der Beschäftigungsprobleme in Problemgebieten des Arbeitsmarktes führen.¹¹⁾

Den Beschäftigungs- und Investitionsprogrammen kommt die Aufgabe zu, in einer Region den Beschäftigungseinbruch, der sich durch den wirtschaftlichen Strukturwandel ergibt, auf mittlere Frist zu überbrücken.

In der Landwirtschaft soll durch Förderung naturnaher Produktionsweisen und zusätzlicher landschaftspflegerischer Aufgaben der Beschäftigungsumfang in diesem Sektor erhalten und der ökologische Problemdruck verringert werden. Eine Regionalpolitik, die die Eigenständigkeit einer Region fördern und Dauersubventionen vermeiden will, muß die Innovationsfähigkeit in den Erwerbszweigen verbessern. In industriellen Ballungszentren, die durch den wirtschaftlichen Strukturwandel besonders betroffen sind, sollen ökologische Investitionsprogramme die Umweltbelastung drastisch verringern. Gezielte Innovationsprogramme und die Förderung von Betriebsgründungen sollen mittelfristig zu einer Verbesserung der Arbeitsmarktlage beitragen. In einer ländlichen Region handelt es sich dabei neben der Förderung von innovativen Prozessen im industriell-handwerklichen Sektor um die Verbesserung der Infrastruktur im Bereich des Fremdenverkehrs und die Nutzung der innovativen Impulse, die von Initiativen in alternativ – regionalspezifischen Produktionsbetrieben ausgehen.¹²⁾ Verzicht auf weitere infrastrukturelle Großprojekte, Bewahrung und Modernisierung der gewachsenen Strukturen und nicht die Anpassung an einen statistischen Durchschnitt der Erwerbsstruktur in der Bundesrepublik waren einige der Programmpunkte in der regionalpolitischen Debatte, die auf die verän-

¹⁰⁾ Vgl. dazu: Huber, J., Wer soll das alles ändern, Berlin 1980; Arbeitsgruppe West-Berliner Stättbuch, Stättbuch 2, Berlin 1980; STATT-werke & KOLLEKTIV – Leasing-Gesellschaft für selbstverwaltete Betriebe mbH (Hg.), Unser Geldrausch: neue Wege zur Finanzierung kollektiver Produktionsmittel, Berlin 1983.

¹¹⁾ Vgl. dazu: Stöhr, W., Alternative Strategien für integrierte Entwicklung peripherer Gebiete bei abgeschwächtem Wirtschaftswachstum, in: DISP, Heft 61, Zürich 1981, S. 5-9. Ganser, K., Die „Sonderaktion der österreichischen Bundesregierung zur Stärkung entwicklungsschwacher ländlicher Räume im Berggebiet“ – ein Kommentar, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 1, Bonn 1980, S. 1-12. Tacke, A., Ökonomische Stagnation, Dualwirtschaft und alternative Regionalpolitik, in: Rahmann, B., Welsch, J., (Hrsg.), Wohlfahrtsstaat im Defizit, Köln 1982, S. 237-252.

¹²⁾ Brugger, E., Innovationsorientierte Regionalpolitik, in: DISP, Heft 72, Zürich 1983, S. 33-41; Hopfinger, H., Für eine gespaltene Regionalpolitik unter veränderten Rahmenbedingungen, in: Raumforschung und Raumordnung, Heft 3, Köln 1983, S. 90-99; Hübschle, J. u. a. (Prognos AG), Regionalgutachten für den Landkreis Lüchow-Dannenberg, Basel 1980.

derte Wirtschaftsentwicklung reagierte. Verbesserung und Erwerbsmöglichkeiten in benachteiligten Regionen durch Dezentralisierung von öffentlichen Institutionen, Steigerung der Investitionen und der Beschäftigung im Natur- und Umweltschutzbereich, Programme zur Modernisierung bestehender Produktionszweige und dem Erhalt ländlich-handwerklicher Produktionsweisen sowie die Verknüpfung von Tätigkeiten im Naturschutz, der Landwirtschaft und im Fremdenverkehr, um in diesen Bereich den Beschäftigungsumfang zu erhalten oder auszuweiten, dieses waren Vorschläge zur Erreichung einer hohen Beschäftigungssicherheit auch in den Regionen, die durch den wirtschaftlichen Strukturwandel und die stagnativ-rückläufige Beschäftigungsentwicklung weitgehende Beschäftigungseinbrüche zu erwarten hatten.

Die Förderung der Teilzeitarbeit ermöglichte nicht nur die Verbesserung der Erwerbschancen von Frauen und Männern

¹³⁾ Vgl. Maier, H., Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen als regional differenziertes Instrument der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, in: Garlichs, D. u. a., Regionalisierte Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, a. a. O., S. 214-238.

¹⁴⁾ Nachzutragen bleibt noch, daß es sich bei den geschilderten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen überwiegend um Programme handelt, die in verschiedenen Ländern, wenn auch nur ansatzweise, schon in den achtziger Jahren verwirklicht worden sind. Realisten und Neugierige können dies durch die Lektüre der in den Anmerkungen enthaltenen Literaturhinweise nachvollziehen.

außerhalb des Haushalts, sondern auch in einer ländlichen Region die Tätigkeit von Landwirten auf ihrem Nebenerwerbshof außerhalb ihrer Beschäftigung im sekundären und tertiären Sektor.

Die veränderte regionale Arbeitsmarktpolitik will die Erwerbsmöglichkeiten in Räumen mit besonderen Arbeitsmarktproblemen verbessern und dem Entstehen von Massenarbeitslosigkeit und der Musealisierung einer Region wirksam begegnen.

Schwerpunkt der Politik der Arbeitsverwaltung war daher nicht mehr die Finanzierung erzwungener Untätigkeit, sondern die Förderung sinnvoller produktiver Vorhaben, durch die die Fähigkeiten von sonst arbeitslosen Personen genutzt und erweitert werden können. Insbesondere in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit trug diese Politik der Arbeitsämter zu einer wesentlichen Belebung der Wirtschaftstätigkeit und damit zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in benachteiligten Räumen bei. Hier konnten auch die Erfahrungen, die mit den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in den siebziger und achtziger Jahren gemacht worden waren, genutzt werden.¹³⁾

Die beschriebene Regionalpolitik führte dazu, daß auch in den Problemregionen des Arbeitsmarktes nach der Mitte der neunziger Jahre die Erwerbslosigkeit nicht mehr das Niveau einer freiwilligen Sucharbeitslosigkeit überstieg.¹⁴⁾